

Pressemitteilung

## 12 Monate Krieg – Putins Krieg muss enden!

Seit zwölf Monaten tobt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die überwältigenden Zahlen von toten Zivilist\*innen sind erschreckend. Zu viele Einzelschicksale trennen Familien und betreffen Kinder und Jugendliche.

Wir stehen deshalb fassungslos vor dem Bruch des Völkerrechts und dem von Wladimir Putin begonnenen Überfall auf die Ukraine. Wir wollen aber auch, dass dieser Krieg so schnell wie möglich ein Ende findet. Deshalb fordern wir alle politischen Entscheidungsträger\*innen, vor allem die Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf, sich weiterhin für ein schnelles Ende der russischen Kampfhandlungen in der Ukraine einzusetzen. Ein sich danach entwickelnder Frieden muss nach unserem Verständnis nachhaltig sein und im Einverständnis mit der Ukraine entstehen.

Wir sehen den Einsatz hierfür als unsere Pflicht im Rahmen unserer Arbeit als politischer Kinder- und Jugendverband an und als konkrete Ableitung unserer verbindlichen Werte. Kinder und Jugendliche leiden am meisten unter den Kriegszuständen. Die fehlende Grundversorgung und Bildungsmöglichkeit erschweren Kindern die Zukunft. Jeder Tag, den junge Menschen im Krieg verbringen müssen, ist eine psychische Ausnahmebelastung. Viel zu schnell vergessen wir, wer bei diesem Krieg am meisten Schaden nimmt. Jede zerstörte Bildungseinrichtung, jede zerstörte Wohnung und jede zerstörte Familie sind eine zu viel.

Wir bekennen uns dazu kriegsgeflüchtete Menschen aus jedem Kriegsgebiet weiterhin aufzunehmen. Wir stehen solidarisch zu unseren ukrainischen Mitmenschen.

Putins Krieg gegen die Ukraine muss enden!

## **Kriegsgeflüchtete sind keine “Sozialtouristen”!**

Wer unterdessen Kriegsgeflüchtete als “Sozialtouristen” beschimpft, die in unsere Sozialsysteme einwandern, hat jeglichen Bezug zur Realität verloren. Derartig feindliche und vor allem unpassende Bezeichnungen für Menschen, die aufgrund von Todesangst und unendlichem Leid aus Gebieten fliehen müssen, haben nichts in einem konstruktiven Diskurs verloren.

## **Armutsbetroffene dürfen nicht Opfer einer Militärdebatte werden!**

Im Zuge der Aufrüstungsdebatte nahm die Bundesregierung einen Kredit über 100 Milliarden Euro (Sondervermögen) auf, ein Zeichen militärischer Investitionsbereitschaft. Hierbei dürfen Armutsbetroffene aber nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten und gegen unnötig hohe militärische Investitionen ausgespielt werden. In Deutschland treffen Menschen aufgrund steigender Energiepreise und einer erschreckend hohen Inflation auf immer stärkere soziale Hürden. So verschärft sich auch die prekäre Lage der 2,8 Mio. Jugendlichen, welche in Armut aufwachsen. Statt Reiche durch eine allgemeingültige Energiepreiskontrolle zu entlasten und unkoordinierte Investitionen ins Militär zu tätigen, muss gerade diesen Menschen geholfen werden.

## **In Sachen Klimaschutz darf durch militärische Investitionen nicht gespart werden!**

Arme Menschen weltweit trifft die Klimakrise nachgewiesenermaßen am härtesten [2]. Auf diese müssen schnellstens realisierbare Antworten gefunden werden. Dies fordert die größtmögliche Investitionsbereitschaft in sozial gerechten Klimaschutz, der auch nicht auf Kosten von militärischen Investitionen ins Hintertreffen gerät. Besonders weil Opfer der Klimakatastrophe ihre Heimat und Lebensperspektive durch politisch mangelhaftes Handeln verlieren, unter ihnen Jugendliche und Kinder.

## **Soziale Perspektiven nicht vergessen!**

Diese sozialen Perspektiven der aktuellen Krise dürfen keinesfalls durch eine öffentlich vor allem militärisch geführte Debatte vergessen werden! Es ist und bleibt wichtig, die sozialen Perspektiven dieses Krieges im Blick zu behalten und Armutsbetroffene zu entlasten. Einer Unzahl von Kindern und Jugendlichen raubt man sonst ihre Zukunft.

[1] weltblick.de - Klimawandel und Armut

IA4 Putins Krieg in der Ukraine stoppen, Solidarität zeigen und leben Militarisation verhindern, Sozialstaatlichkeit erhalten